



Erstmalig, 25mal. Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Rosenblätter“, „Schöne Wälder“, „Sportspiegel“, „Die Kunst“, „Der Sportspiegel“.

Interieur- und Abonnement-Einnahme in Groß-Berlin: Hauptverwaltung SW. 19, Senfentorstraße 46/47, Filialen: Leipziger Straße 108; Potsdamer Straße 88; Zimmerstraße 59; Adlonstraße 56/57;...



Interieur- und Abonnement-Einnahme in Groß-Berlin: Hauptverwaltung SW. 19, Senfentorstraße 46/47, Filialen: Leipziger Straße 108; Potsdamer Straße 88; Zimmerstraße 59; Adlonstraße 56/57;...

Berliner Tageblatt

513 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang Donnerstag, 1. November 1923

Die Entscheidung der Sozialdemokratie.

Die Sparmaßnahmen des Reiches.

Fraktionsbeschlüsse für Verbleiben in der Koalition.

von Erich Dombrowski.

Drei Voraussetzungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am 30. Oktober um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über die sachliche und bayerische Frage zu beraten sowie die Frage zu erörtern, ob die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett verbleiben sollen oder nicht.

Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes;
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Landtage offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern;
3. Wahrung der Ruhe und Ordnung in Sachsen ist durch den Reichsanwalt, Reichswehrminister ist nur auf Befehl des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Überdies ist die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Die Bedingungen sollen schnellstens dem Reichsanwalt vorgelegt werden. Dabei sollen noch die beiden folgenden Fragen mit zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden: 1. Die Beschäftigung wertebefähiger Soldaten ist schnellstens zu regeln, und 2. die Abwehr der durch die Lieferung von Nahrungsmitteln zu bringende offener zurechtende Sabotage des Landbaus und der Industrie zu bekämpfen.

Der h. Herrmann Müller überbrachte noch gestern Abend im Reichsanwalt den Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichsregierung wird heute vormittag zu einer Sitzung zusammenkommen, in der sie sich mit der sozialdemokratischen Entscheidung zu befassen wird.

Vor mittag um 1 Uhr wird die Fraktion den Bericht des Herrn Müller über die Verhandlungen mit dem Kanzler entgegennehmen.

Die sächsische Lösung.

Verdienste und Fehler.

Durch das zielklare energische Eingreifen führender Demokraten und durch das belohnende, von staatsmännlichem Geist getragene Verhalten der sächsischen Sozialdemokratie wurde der sächsische Konflikt binnen 24 Stunden gelöst. Jetzt bleibt noch zweierlei übrig: die Ernennung des Kanzlers, das die Aufgabe des Reichskommissars für Sachsen erledigt ist und die Aufhebung der sächsischen bezüglichen Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten. Es ist zu erwarten, dass dies noch im Laufe des heutigen Tages geschieht. Die Lösung ist erfüllt: auf verfassungsmäßigen Wege ist die Regierung gebildet, die verfassungsgemäß zu regieren hat.

Die sächsische Regierung wird sich dem Reichskanzler gegenüber beschreiben und sich dann nach Dresden für den Demotafischer und die Sozialdemokraten um Dittmann, fanden folgende Situation vor: Die Regierung, entgegen der ihnen erteilten Zu-

sage, gewaltsam entfernt; der Landtag verboten und militärisch besetzt; der Generalstreik von Sozialdemokraten und Kommunisten ausgerufen. In dieser schwierigen Situation hatten sie eine verfassungsmäßige Regierung in kürzester Zeit zu bilden. Die Aufgabe wurde glänzend gelöst. Der Reichskommissar Dr. Heinze hat zwar in seiner Proklamation erklärt, daß es als seine Pflicht ansehe, schleunigst eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden. Es ist aber während seiner achtundzwanzigtägigen Regierungszeit nicht der geringste Schritt sichtbar geworden, der in die Richtung führte. Mit neuen, politisch weit rechtsstehenden Beamten besetzte er sämtliche Ministerien, als wolle er sich auf eine längere Regierungszeit einrichten, und eine Aufgabe, die doch in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Reichspolitik aufzufassen war, wurde von ihm so behandelt, als ob lediglich eine neugeordnete Verwaltung in Sachsen herbeizuführen sei.

Die Aufrechterhaltung der großen Koalition, das Ziel seines Fraktionsfolges Dr. Stresemann, blieb bei dieser Methode beinahe offenbar außer Betracht. Mit den Parteien trat er nicht in Verbindung. Die Demokraten mußten an ihn herantreten und die Zulassung der Landtagsführung erwingen. Von ihnen wurden dann die entscheidenden Verhandlungen durchgeführt. Er bewunderte die Rolle spielte die sächsische Volkspartei. Vor unter Führung der Dr. Kaiser war bereit, mit den Demokraten zu gehen. Der rechte Flügel unter Köhler behielt die Oberhand. In der Landtagsführung war ihr Verhalten noch sonderbarer. Während der demokratischen Fraktionsvorsitzende Dr. Scherz in seiner ausgezeichneten Rede die Notwendigkeit begründete, für den sozialdemokratischen Kandidaten Felsch zu stimmen, enthielt sich die Deutsche Volkspartei jeder Bemerkung. Sie gab schweigend ihre Stimmzettel für den eigenen Kandidaten Kaiser ab. So entzog sie sich jeder Verantwortung und entging zugleich der unangenehmen Aufgabe, zu erklären, wie sie sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse im sächsischen Landtag eine Regierung ohne Sozialdemokratie denkt.

Entgegen dieser lediglich nach tatsächlichen Gesichtspunkten orientierten Politik haben die Demokraten unter Führung der unermüdet tätigen Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer und Dr. Kull die sachlichen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie geführt. Sie haben aus diesen Verhandlungen in personeller wie in sachlicher Hinsicht weitgehende Garantien entnommen, durch die eine verfassungsmäßige Regierung mit ihrer Unterstützung gesichert ist. Ein Wahtrainsvotum steht die Mehrheit der geselligen Abgeordneten zuzuführen voraus. Da der sächsische Landtag 96 Mitglieder umfaßt, von denen 40 der sozialdemokratischen, 8 der demokratischen Partei angehören, ist eine verfassungsmäßige Mehrheit für ein Wahtrainsvotum ausreißend, solange die demokratische Fraktion die Regierung unterstützt. Den Männern, die diese sachliche, verantwortungsbewusste Politik geleitet und zum Erfolg geführt haben, gebührt unser Dank. Sie haben nach uns und nach rechts Klarheit geschaffen. Sie haben die unerträgliche Mißwirtschaft der Kommunisten beseitigt. Sie haben die Wäner der Reaktion beseitigt. Sie haben als freiwillige Reichskommissare den Schaden wieder gut gemacht, den Dr. Stresemanns Reichskommissar angerichtet hatte. (Siehe auch Seite 3.)

Die Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt Lord D'Abernons.

Aus London sind Meldungen hierher gelangt, wonach der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, seinen Posten verlassen werde. Als sein Nachfolger wird Sir Horace Rumbold, gegenwärtig Botschafter in Konstantinopel, genannt. Da ähnliche Nachrichten, besonders von französischer Seite, wiederholt verbreitet worden sind, müßte man auch die neue Meldung mit Vorsicht aufnehmen, obgleich diesmal die „Times“, die als erste Informationsquelle gelten kann, sie gebracht hat. Durch Nachfragen in London haben wir gestern festgestellt, daß es sich diesmal tatsächlich nicht um bloße Gerüchte zu handeln scheint. Jedenfalls muß mit der Möglichkeit eines Botschafterwechsels gerechnet werden. In Berliner politischen und diplomatischen Kreisen würde man Lord D'Abernon nur mit aufrichtigem Bedauern scheidend sehen. In Paris würde die Befriedigung um so größer sein. Sir Horace Rumbold, der als fünfzigjähriger Botschafter in Berlin genannt wird, ist 1869 geboren und gehörte in der letzten Zeit vor dem Kriege zur englischen Botschaft in Berlin. Er wurde im November 1913 zum Botschaftsrat in Berlin ernannt und war hier in Abwesenheit des Botschafters vom 1. bis 27. Juli 1914 Gesandtschaftsträger. Am 6. August verließ er infolge der englischen Kriegserklärung Berlin und trat dann in das auswärtige Amt in London ein. Botschafter in Konstantinopel ist er seit November 1920, nachdem er vorher die Gesandtschaften in Wien und Warschau geleitet hatte.

Seit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung diktatorische Gewalt in die Hand gab, ist kein Tag vergangen, an dem nicht das Reichskabinett in längeren Sitzungen Beschlüsse von weittragender Bedeutung sah. Mit einem Geis ohne gleichen ist man daran gegangen, Ordnung zu schaffen. Kaum hatte man eine Schärferkeit überwinden, gleich trat neue auf. Fast eine Stilleperiode, und dennoch verwickelte man nicht. Um besonderen ließ es sich der neue Reichsfinanzminister Dr. Luther anlegen sein, all das, was seine beiden Vorgänger verurteilt hatten, durch die Tat nachzuholen. Freilich kann auch er nicht zaubern. Die Rentenanbahn, die er auf die Weine gestellt hat, konnte nicht auch gleich über Nacht die neue Währung aus ihren Tiefen speien. Eine Reihe von technischen Voraussetzungen, nicht zuletzt der Notendruck selbst, waren zu erfüllen. Aber wir sind doch jetzt wenigstens auf dem Wege zu einem wertbeständigen Geld. Allerdings fordert ein Moment dabei die heftigste Kritik heraus. Die Rentenanbahn, die auf Grund von Hypothesen oder Schuldverpflichtungen der gesamten Wirtschaft ein neues Zahlungsmittel herauszugeben wird, soll dem Reiche einen Kredit von insgesamt 1,2 Milliarden Rentenmark gewähren. Das ist zu billig. Denn in demselben Augenblick, wo die Kreditgewährung zu laufen beginnt, wird der Druck von weitem Papiergeld eingefüllt, und die Reichsbank wird keine Reichsfinanzweisungen mehr diskutieren. Man hofft den Etat in etwa dreiviertel Jahren ausbalancieren zu können, um dann wieder zu völlig geordneten Reichsfinanzen zu kommen. Denn ohne eine Ausbalancierung des Budgets ist auch eine Gesundung der gesamten Volkswirtschaft nicht möglich. Diese Absicht kann aber leicht vereitelt werden, wenn die Rentenanbahn, wie beabsichtigt, auch den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, und zwar in derselben Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark, Kredite einräumt, die auf Rentenmark lauten. Hierin liegt eine außerordentlich gefährliche Quelle einer neuen Inflation. Wer bürgt dafür, daß bei dem allgemein erdichteten Vertrauen zur staatlichen Finanzwirtschaft diese auf Kredit genommene Rentenmarketträge nicht sofort in fremde Wäulen und Devisen umgewandelt werden und so, direkt und indirekt, den Kurs der Rentenmark ungünstig beeinflussen? Das Reichsfinanzministerium und darüber hinaus die Reichsregierung kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, diesen gefährlichen Weg zu beschreiten. Wieder und immer wieder muß, ehe die Rentenanbahn zu arbeiten beginnt, darauf gedrungen werden, daß ihre Kredite nur auf Goldbasis gewährt werden, wie ja auch die Zinsen, die die Hypothekenschuldner der Bank zu leisten haben, auf Goldbasis abgezogen werden müssen. Worauf alles antwortet, um die neue Mark von vornherein zu sichern, ist das Vertrauen. Tausend jedoch schon zu Beginn Zweifel an der Güte und der Stabilität des neuen Zahlungsmittels auf, dann ist tatsächlich der Instanz für und vor geöffnet, auch wenn man sie zunächst durch künstliche Interventionenversuche zu verdrängen versuchen wird.

Die Einnahmen des Reiches, die hier für die nächste Zeit durch Kredite sichergestellt werden sollen, werden auch insofern den neuen Verhältnissen angepaßt, als die Steuern fortan wertbeständig erhoben werden. Wie trotzdem unsere gegenwärtige Finanzlage ist, mögen folgende paar Zahlen zeigen:

Zunahme der schwebenden Schuld	Einnahmen
Januar 1923	0,282 Billionen Mark
Juli	0,48 " "
August	1,140 " "
September	4,500 " "
	1,300 " "

Die entsprechenden Zahlen für den gestern abgelaufenen Monat Oktober liegen noch nicht vor. Im allgemeinen sind in der letzten Zeit noch nicht fünf Prozent der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt worden. Die Ausgaben sollen zu gleicher Zeit durch umfangreiche Sparmaßnahmen in herabgelöst werden. Das Reichsfinanzministerium hat in diesen Tagen die Richtlinien dafür ausgegeben. Darüber einige Worte. Zunächst soll der Beamtenkörper des Reiches um insgesamt fünfundzwanzig Prozent vermindert werden. Damit allein ist es indessen nicht getan. Hand in Hand muß damit eine Vereinfachung der Verwaltung gehen, eine organisatorische Umstellung und Einschränkung, damit der Verbrauch beseitigt, das viele Schreivord herabgemindert und der Zuständigkeitsbereich gesäubert wird. Eine ganze Reihe von Metern kann überhaupt dem Erdboden gleichgemacht werden. Wir nennen aus der Fülle der Objekte das Reichsversicherungsamt, die Versorgungsbehörden, die dem Arbeitsministerium unterstehen, und das Wiederaufbauministerium, dessen geringfügiger Aufgabenkreis leicht von den anderen in Frage kommenden Ministerien übernommen werden kann. Vielleicht auch das Reichsernährungsministerium nach einer gewissen Uebergangszeit, nachdem die Zwangsverwaltung völlig beseitigt ist. In diesem Zusammenhange muß auch von der Ueberorganisation der staat-